

GRÜNAKTUELL



■ KEIN PLASTIK
MEHR IM MEER!

■ LEBE SO, DASS DIE AFD
WAS DAGEGEN HÄTTE!

INHALT

„Kein Plastik mehr im Meer! (Anna Gallina)	3
Lebe so, dass die AfD was dagegen hätte! (Ali Mir Agha)	6
Fluglärm: Neuer Rekord (Dietmar Kuhlmann)	10
Eine Geschichte der GRÜNEN Eimsbüttel – Teil 3 (Cornelia Kost, Thomas Rave)	12
Impressionen vom Herbstfest der GRÜNEN Bezirksfraktion auf dem HoheLuftschiff	15
Nachruf auf Bernd Leptihn (Falk Schmidt-Tobler)	17
Anträge und Presseerklärungen	18
Gezwitscher	20

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

T 040.401 42 46
E fraktion@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der Grünen Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint mehrmals jährlich zur Sitzung der Bezirksversammlung.

Redaktion: Thomas Rave
Grafik und Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

V.i.S.d.P.: Lisa Kern

Titelbild.: pixabay

EDITORIAL

Wir freuen uns euch die aktuelle Ausgabe der GRÜN Aktuell vorzustellen. Mitte September war Kathrin Göring-Eckardt anlässlich des *Coastal Clean Up Days* in Hamburg und hat gemeinsam mit der Hamburger Parteivorsitzenden Anna Gallina und Fraktionär*innen der Eimsbütteler GRÜNEN über das Thema *Plastikfrei einkaufen – wie geht das?* mit Bürger*innen in Niendorf diskutiert. Anna hat diese Aktion zum Anlass genommen, über die Hintergründe des *Coastal Clean Up Days* zu berichten und Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll aufzuzeigen.

Am 26. Mai 2019 sind Bezirkswahlen und national-reaktionäre Kräfte versuchen mit ihren menschenverachtenden Botschaften in die Bezirksversammlungen zu drängen. Unser Fraktionsvorsitzender Ali Mir Agha beschreibt seine Vision eines Zusammenlebens in Gleichberechtigung und Selbstbestimmung: „Lebe so, dass die AfD was dagegen hätte!“

Fluglärm bleibt leider weiterhin ein Streitthema. Erhöhte Strafen für Fluggesellschaften wegen verspäteter Starts und Landungen in den Nachtstunden haben nicht gefruchtet. Die Anzahl steigt sogar und rechtliche Maßnahmen sind nur begrenzt möglich. Allerdings werden wir weiterhin auf eine rigorose Einhaltung der Start- und Landezeiten drängen, um spätestens nach den Bürgerschaftswahlen 2020 für eine Eindämmung zu sorgen.

Auch die Trauer um unseren langjährigen Weggefährten Bernd Leptihn soll in diesem Heft einen Platz finden. Falk Schmidt-Tobler blickt auf Bernds unermüdlichen Einsatz für die Einrichtung eines Inklusionsbeirates in Eimsbüttel zurück, der schlussendlich von Erfolg gekrönt war. Leider konnte Bernd diesem jedoch nur ein einziges Mal beiwohnen. Unser Mitgefühl gilt seinen Kindern und seiner Ehefrau.

Wir wünschen eine kurzweilige Lektüre

Lisa Kern und Ali Mir Agha

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
EIMSÜTTEL





KEIN PLASTIK MEHR IM MEER!

Jedes Jahr geraten weltweit etwa acht Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane und kosten 100.000 Meeressäugern und 1.000.000 Seevögeln das Leben, weil ihre Bäuche mit Plastikmüll gefüllt sind. Der *Coastal Clean Up Day* wurde schon vor über 30 Jahren von der Umweltorganisation *Ocean Conservancy* als Aktionstag zum Schutz des Meeres und der Küsten ins Leben gerufen.

Gemeinsam mit unserer Fraktionsvorsitzenden aus dem Bundestag Katrin Göring-Eckhardt haben die GRÜNEN Eimsbüttel das in

diesem Jahr zum Anlass genommen mit den Hamburger*innen darüber zu reden, wie man schon beim Einkaufen auf Plastik verzichten kann und damit als bewusste*r Verbraucher*in Einfluss nimmt.

Denn wer kennt das nicht: Die abgepackten Tomaten, die Gurke in Folie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt verpackt, Kaffee kapseln, Wattestäbchen mit Plastikstielen, Kunststoffgabeln und -löffel, Zahnpasta mit Mikropartikeln und natürlich noch immer viele Plastiktüten im Handel – all das kam zur Sprache. Plastik ist extrem lange haltbar und wird dennoch oft nur für den einmaligen Nutzen und als Wegwerf-

KEIN PLASTIK MEHR IM MEER!



artikel eingesetzt. Eine Plastikflasche im Meer braucht 450 Jahre, bis sie sich langsam in kleineres Mikroplastik zersetzt. Meerestiere fressen diese kleinen Plastikpartikel, die dann mit dem Fisch wieder auf dem Teller landen.

Plastikmüll im Meer entsteht zum einen durch nicht fachgerechte Entsorgung von Plastikflaschen, Plastiktüten und anderen Dingen aus Kunststoff in der Umwelt. Zum anderen gelangt es auch über unsere Abflüsse direkt ins Meer.

Manche Menschen haben uns bei der Aktion am Tibarg in Niendorf auch von ihren Urlaubserfahrungen berichtet: „Sie selbst hätten an durch Plastik vermüllten Stränden gestanden.“ Die Meinung war einhellig: So kann das nicht weitergehen. Aber was können Verbraucher*innen tun und was kann die Politik unternehmen?

Neben der Verbesserung weltweiter Recycling-Systeme ist vor allem die persönliche Einstellung jedes einzelnen Menschen entscheidend dafür, diese Massen an Plastikmüll zu reduzieren.

Mit sieben einfachen Tipps kann jede*r einen Beitrag leisten:

1. Verzichtet beim Einkaufen auf den Kauf einer neuen Plastiktüte und bringt euch einen eigenen Rucksack oder Stoffbeutel zum Einkaufen mit!
2. sucht in den Obst- und Gemüseregalen nach losem Obst, statt abgepacktem!
3. trinkt das Hamburger Leitungswasser und kauft insgesamt weniger Plastikflaschen!
4. verwendet Duschgel, Shampoo und Deo im festen Stück, um Plastik-Einwegartikel zu vermeiden!
5. Finger weg von Kosmetikartikeln mit Mikroplastik – diese schaden unter anderem auch eurer Haut!
6. Setzt auf Kleidung aus Naturmaterialien, denn so gelangen beim Waschen keine Plastikfasern in unsere Gewässer!
7. Unterstützt Unverpackt-Läden und füllt dort eure mitgebrachten Behälter auf, ohne Plastikmüll zu produzieren!

KEIN PLASTIK MEHR IM MEER!

Die Politik ist gefragt, sich dem Problem noch intensiver zu widmen. Derzeit wird in Deutschland die Plastikflut sogar mit mindestens 780 Millionen Euro jährlich subventioniert. Als GRÜNE fordern wir hingegen eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Wir wollen mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten schlussmachen und dafür sorgen, dass weltweit mehr Plastik gesammelt und verwertet wird. Dazu streben wir ein internationales Abkommen gegen die Plastikflut in den Meeren an. Wir wollen deutsche Unternehmen unterstützen, umweltfreundliche Technologie auch in anderen Ländern einzusetzen. In Deutschland wollen wir die Recyclingziele erhöhen, die Sammlung vereinfachen und den



Einsatz von recycelten und umweltschonenden Materialien belohnen. Wir werden ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das der Wiederverwendung Vorrang einräumt und die Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in Kraft- und Zementwerken beendet. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzent*innen werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle Wertstoffe in den Blick nimmt und die Ressourcen schont.

Helft mit, die Ziele des *Coastal Clean Up Day* – den Schutz der Meere und Küsten – zu unterstützen, helft mit, die Herstellung und Verwendung von Plastikartikeln drastisch zu reduzieren!

Anna Gallina





FOTO: HENNING ANGERER

LEBE SO, DASS DIE AFD WAS DAGEGEN HÄTTE!

Am 13. Oktober sind in Berlin über 240.000 Menschen für eine offene, solidarische und freie Gesellschaft und gegen den Hass von AfD & Co auf die Straße gegangen. Über Wochen zeigten Tausende von Menschen in Hamburg und auch anderen Städten Präsenz gegen die Rechten und Pegida-Ableger.

Sie alle haben uns daran erinnert, dass die rassistische Rechtsaußenpolitik nicht von einer Mehrheit, sondern von einer Minderheit dieser Gesellschaft getragen wird.

Es waren Menschen auf der Straße, die sich für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft einsetzen und dieses auch öffentlich zeigen wollten.

Was jedoch beherrscht dank AfD, Seehofer und Lindner die politische Debatte? Dass

zum Beispiel beim Bremer Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 1.176 geflüchtete Menschen vermeintlich unrechtmäßig Asylbescheide erhalten hätten.

Einige Printmedien weisen zu Recht darauf hin, dass ein Großteil dieser Antragsteller*innen Jesidinnen und Jesiden gewesen wären. Geflüchtete Christ*innen, die im Irak der Verfolgung durch den IS ausgesetzt waren und fürchten mussten ermordet zu werden und die Frauen als Sexsklavinnen gehalten zu werden. Müssen wir uns als humanistischer Rechtsstaat in diesem Fall nicht berechtigt auf die Schulter klopfen, anstatt lauthals einen Untersuchungsausschuss zu fordern?

Ist es nicht, wie Katja Kipping von den LINKEN mit allem Recht moniert hat, viel wichtiger und richtiger, die 32.500 negativen Asyl-

entscheide zu bemängeln, die wegen ihrer mangelhaften Begründungen von den Gerichten einkassiert wurden?

Letztendlich wurden lediglich 17 Entscheidungen revidiert, während zeitgleich deutlich mehr als 17 Abgeordnete des Bundestages aus den Fraktionen der AfD und FDP schon mit den Hufen scharrend von einem Untersuchungsausschuss träumten, um die Kanzlerin in Frage zu stellen.

Weshalb müssen die Rechten den Diskurs über Werte, Einwanderung und Migration bestimmen?

Wie viel schöner wäre es doch, wenn Bundeskanzlerin Merkel Recht behalten würde mit ihrem Satz: „Wir schaffen das“.

Denn tatsächlich macht die Integration von Geflüchteten überall Fortschritte, auch auf dem Arbeitsmarkt: Zufolge eines Berichts des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat inzwischen jede*r Vierte, der seit 2015 aus Kriegs- und Krisenländern nach Deutschland gekommen ist, Arbeit gefunden. Etwa jede*r Fünfte sei sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wissen Medien zu berichten. Wenn sich der Beschäftigungszuwachs so fortsetzen würde, hätte nach fünf Jahren die Hälfte der Zuwanderer und Zuwanderinnen Arbeit. Sind wir da nicht auf dem richtigen Weg?

Trotzdem versuchen rechte Kräfte in unserem Land, eine andere Wahrnehmung zu erzeugen. Oft geht es um die Verschiebung von Akzeptanzlinien. Migrant*innen werden als „Menschenfleisch“, die Kanzlerin als „Volksverräterin“ und Migration an sich als „Mutter aller Probleme“ tituliert. „Umvolkung“ oder „Asyltourismus“ sind Wortschöpfungen, die unsere Solidarität mit Asylbewerber*innen schwächen sollen und unsere Toleranz auf eine harte Probe stellen. Tatsächlich wird im

demokratischen Streit heute anders gesprochen, als noch vor wenigen Jahren. Die verdrehten Begriffe verändern unser Denken: Sprache schafft Wirklichkeit. Oft erwischen wir uns dabei, wie wir diesem Prozess mit einer Art Ohnmachtsgefühl begegnen. Es fühlt sich an wie eine Art Lähmung, die sich in uns breit macht. Auch ich war länger auf der Suche nach Antworten, wie man diesem Rechtsruck begegnen soll. Bei einer dieser inzwischen vielen Demonstrationen für eine solidarische Gesellschaft in Berlin fiel mir ein Plakat ins Auge, auf dem stand: „Lebe so, dass die AfD was dagegen hätte!“ Dieser Satz hat mich nachhaltig beeindruckt.

Ich habe mich gefragt: lebe ich nicht genau so? Und ist das nicht der Weg? Meine Frau und ich haben im Jahr 2015 verschiedene geflüchtete Familien bei uns aufgenommen. Wir haben unser Schlafzimmer geräumt und ihnen unser Bett und somit die Möglichkeit für Ruhe und Rückzug angeboten. Es war nicht einfach, jedoch notwendig. Im Nachhinein hat dies mein Leben und das meiner Familie enorm bereichert; ja, uns vielleicht zu besseren Menschen gemacht – auch wenn das jetzt



FOTO: HENNING ANGERER

LEBE SO, DASS DIE AFD WAS DAGEGEN HÄTTE!

möglicherweise etwas kitschig klingen mag. Ich fahre gern Rad und mein Freundeskreis ist mit Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern, verschiedenen religiösen und sexuellen Orientierungen zusammengewürfelt. Mein Geschmack und mein Lebensalltag sind von Diversität geprägt. Ich setze mich für feministische Ziele ein und halte Augenhöhe im Politischen wie Privaten für eine Notwendigkeit.

Ich bin schlichtweg ein „linksversiffter Grüner“ mit Migrationshintergrund. Also genau das, was die AfD hasst wie die Pest. Und um es mit den Worten von Klaus Wowereit zu sagen: „Und das ist auch gut so!“

Ich versuche Inklusion zu leben. Neben meinem Engagement in der Politik habe ich

tagsüber einen normalen Job. Ich arbeite für einen gemeinnützigen Verein, der Menschen mit Hilfebedarf unterstützt und ursprünglich aus der klassischen Behindertenhilfe kommt. Dieser Verein heißt insel e.V. und der erste Leitsatz dieses Vereines lautet: „Wir achten die Menschen in ihrer Individualität und als Teil der Gesellschaft.“ So einfach, klar und doch so ein hehres Ziel.

Zugegeben, ein wenig stolz bin ich schon darauf, eine Tätigkeit auszuüben, deren Präambel mit solchen Worten beginnt. Denn es betrifft mich auch persönlich.

Als Sohn einer deutschen Mutter und eines persischen Vaters war ich im Iran immer „Ali-almani“ – Ali, der Deutsche. Und hier war ich wiederum der Ausländer, später der



United against Racism am 29. September 2018 in Hamburg

FOTO: HENNING ANGERER

mit Migrationshintergrund oder wie es neuerdings heißt: der mit Einwanderungsbiografie. ‚Der Andere‘ zu sein, ist Teil meiner Identität.

Wenn man mich also fragt, ist gerade dieser Umstand mein innerer Antrieb, warum ich Politik mache oder gerade diesen Job ausübe, lautet die Antwort Ja. Deshalb bin ich bei den GRÜNEN und fühle mich bei ihnen beheimatet. Denn die GRÜNEN sind bunt und leben die Gleichstellung. Deshalb spielen wir in diesen Zeiten eine besondere Rolle!

Die Vision einer Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von sexueller Orientierung, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen –, ist etwas was die AfD Elementar ablehnt. Die inklusive vielfältige Gesellschaft ist quasi das Gegenmodell zum Wesen der sogenannten „Alternative für Deutschland“.

Als urbane, liberale und ökologische Kraft müssen und werden wir uns für Radverkehr und Verkehrsberuhigung einsetzen. Wir werden im öffentlichen Raum Begegnungsmöglichkeiten schaffen. Wir werden für Stadtteilkultur stehen, Musikfestivals installieren und Kinderfeste unterstützen, Sportvereine in ihrer Diversität fördern! Wir werden für eine gute Integration von Migrant*innen kämpfen und vorhandene Barrieren abbauen.

Auch in der politischen Kultur ist es uns wichtig, in wertschätzender und sachlicher Streitkultur zu arbeiten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen Politik so leben, dass die AfD etwas dagegen hat – aus fester Überzeugung!

Ali Mir Agha

Die rechten Mitläufer von der AfD Eimsbüttel

Mit Rechtsextremisten will die Hamburger AfD nichts zu tun haben. Die neuesten Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die da eine Zusammenhang sehen, seien eine „politische Instrumentalisierung“, erklärten diese Woche der Landes- und der Fraktionsvorsitzende der AfD, Dirk Nockemann und Jörn Kruse.

Der Methoden der rechten Szene bedient sich die Partei offenbar trotzdem. Denn nach Pegida-Gründer Lutz Bachmann und der Bürgerbewegung Pro Chemnitz hat nach taz-Informationen auch die AfD Eimsbüttel den Haftbefehl gegen den irakischen Geflüchteten auf Facebook veröffentlicht, der verdächtigt wird, zusammen mit einem Syrer einen Mann in Chemnitz erstochen zu haben. „Stinksauer“ gab sich die Eimsbütteler AfD auf Facebook. Grimmiger Smiley.

Mittlerweile ist das Dokument von der Seite verschwunden, auf der es noch vergangene Woche stand. Immerhin, die Nachnamen der Tatverdächtigen und Namen der Zeugen waren geschwärzt.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. So war bis Redaktionsschluss auf der Facebook-Seite „Merkel muss weg - Hamburg Demo“ unter einem der vielen empörten Beiträge die zweite Seite des Haftbefehls in ungeschwärzter Version noch für jede und jeden einsehbar.

Nach Informationen der taz wurde in beiden Fällen Strafanzeige gestellt. Die Veröffentlichung von amtlichen Verfahrensdokumenten ist nach Paragraph 353d des Strafgesetzbuches verboten, wenn dies vor einer öffentlichen Verhandlung oder vor Verfahrensabschluss geschieht. Es droht eine Geldstrafe oder bis zu ein Jahr Haft.

Der AfD-Bezirk Eimsbüttel war für die taz nicht erreichbar. Damit bleibt unklar, wer genau die Beiträge auf der Seite verfasst. Ob wirklich gegen die Betreiber des Facebook-Accounts der AfD ermittelt wird, wollte die Polizei nicht direkt bestätigen. Lediglich, dass wegen der Verbreitung des Haftbefehls mehrere Strafanzeigen vorliegen. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Die Eimsbütteler AfD hat's nicht so mit Recht und Gesetz - taz vom 8. September 2018



FLUGLÄRM: NEUER REKORD

Die neuen Verspätungszahlen des Hamburger Flughafens sind erschreckend – schon Ende des 3. Quartals ist die 1000er Schwelle der verspäteten Starts und Landungen überschritten worden. Eine absolut unverantwortliche Höhe, die eigentlich zum sofortigen Handeln auffordert!

Fast zeitgleich beschäftigte sich die Bürgerschaft mit der Petition des BUND (hier Verlinkung) zum Fluglärm: Diese wurde abgelehnt und stattdessen ein 21-Punkteplan aufgelegt. Angesichts der historischen Entwicklung ist gut verständlich, dass dies von den Initiatoren*innen und Betroffenen – immerhin haben

rund 15.000 Bürger*innen die Petition unterstützt – mit viel Zynismus aufgenommen worden ist. So hatte doch der Senat zunächst Anfang 2015 einen 10-Punkteplan aufgelegt, im April 2016 folgte dann ein 16-Punkteplan und nun ein 21-Punkteplan. Man könnte meinen, mit der Anzahl der Punkte wären auch die Verspätungen gestiegen.

Leider wurden auch die Empfehlungen der Fluglärmschutzkommission nicht umgesetzt, die aktuelle Verspätungsregelung für den Hamburger Airport zu ändern. Der Änderungsvorschlag zielt darauf ab, zukünftig keine Verspätungsregelung für Starts nach 23:00 Uhr und für Landungen nach 23:30 Uhr zuzulassen. Das Luftfahrthandbuch sollte dahingehend geändert

Monatlich kumulierte Anzahl an Starts und Landungen außerhalb der Betriebszeit* am „Helmut Schmidt-Airport“



* = Linien- und Touristikflieger zwischen 23 Uhr und 06 Uhr

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Jan	23	29	32	17	33	40	53	41
Feb	65	70	74	37	68	63	73	104
Mrz	96	109	111	49	121	114	99	190
Apr	137	148	138	88	173	145	161	259
Mai	179	191	167	171	226	221	260	429
Jun	262	257	226	239	288	363	400	589
Jul	322	332	278	319	379	475	584	761
Aug	365	373	303	421	474	570	707	889
Sep	416	425	351	485	567	663	845	1.014
Okt	470	485	401	543	618	758	937	
Nov	504	505	424	568	652	775	982	
Dez	548	551	451	610	693	806	1.060	

Datenquellen: DFLD - Deutscher Fluglärmdienst e.V., FHG - Flughafen Hamburg GmbH (TraVis)

werden, dass bei Landungen im planmäßigen Fluglinien- und regelmäßigen Pauschalreiseverkehr mit planmäßigen Ankunftszeiten vor 23:00 Uhr, bei nachweisbar unvermeidbaren Verspätungen Landungen nur noch bis 23:30 Uhr (bisher 24:00 Uhr) zulässig sind.

Im Zuge der Diskussion um den Fluglärm ist auch die Einhaltung der Bahnbenutzungsregeln (BBR) in den Fokus geraten. Dabei ist die Bedeutung der BBR eindeutig durch die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) definiert: „Die Bahnbenutzungsregeln wurden – ebenso wie die Abflugrouten – festgelegt, um die Anzahl der durch Fluglärm belasteten Personen nach Möglichkeit zu begrenzen.“

(<https://www.hamburg.de/bahnbenutzung-start/>)

Weiterhin völlig unklar bleibt wer für die Einhaltung der BBR verantwortlich ist – so die Fluglärmschutzbeauftragte in der letzten Sitzung der Fluglärmschutzkommission (FLSK). Ginge es rein nach den BBR wäre schon um 22.00 Uhr Ruhe über Eimsbüttel. (Vollständige BBR unter <https://www.hamburg.de/contentblob/143640/94f2ec9d8ed699c6262eab63323ace84/data/bahnbenutzungsregeln.pdf>)

Die Grünen in Eimsbüttel werden – spätestens nach der Bürgerschaftswahl 2020 – darauf drängen einschneidende Regelungen einzuführen, die den Fluglärm tatsächlich auf ein Mindestmaß begrenzen.

Dietmar Kuhlmann

EINE GESCHICHTE DER GRÜNEN EIMSBÜTTEL

TEIL 3: 2004–2014

FOTO: HENNING ANGERER



8. Wahl • 29. Februar 2004 • Grüne 9 Sitze (SPD 13, CDU 19)

Bezirksamtsleiter: Jürgen „Eddy“ Mantell (1996 bis 2010)

Fraktionsvorsitzender: Horst Becker (GAL); Rüdiger Rust (SPD)

Im Jahr 2004 eskalierte der Streit im Kleingartenverein Sandkuhle über diverse Anbauten. Die zum Teil aus der Nachkriegszeit stammenden Gebäude waren nicht rechtsicher erbaut worden und natürlich mit den heutigen Bauvorschriften nicht vereinbar. Vor allem die Feuersicherheit machte allen Beteiligten große Sorgen. Das Bezirksamt konnte

die Situation schließlich nicht mehr ignorieren, da sich die Bewohner*innen gegenseitig anzeigen. Es ergingen Abrissbescheide, die in mühevollen Verhandlungen schließlich in Auswohnen geändert werden konnten. Damit konnten zwar die Gebäude nicht vererbt werden, aber die Eigentümer*innen hatten lebenslanges Bleiberecht.

Die Bezirksversammlung setzte sich für den Erhalt der Drogenhilfeeinrichtungen Fixstern und Palette II ein.

2005 wurde der zweite Weg nach einer Frau im Widerstand benannt, der Anne-Barth-Weg. Sie stand wegen der Unterstützung der

Kriegsdienstverweigerung ihres Mannes als Zeugin Jehova vor dem Altonaer Gericht.

Die Stellen der Ortsamtsleiter*innen wurden eingespart und schließlich durch Regionalbeauftragte ersetzt. Die GRÜNEN wollten 2006 in Stellingen einen Bürgervorsteher*innen-Modellversuch starten, konnten sich allerdings damit nicht durchsetzen.

Allerdings wurde die Bezirksverwaltungsreform schließlich unter CDU-Alleinregierung im Senat durchgesetzt, die Bezirksämter einheitlich neu organisiert. Ortsämter sowie -auschüsse wurden zum 1. Februar 2007 aufgelöst.

Bereits zu Zeiten der vorhergehenden Legislaturperiode, genau am 11. September 2003, beschloss Mövenpick Hotel & Resorts, den Wasserturm in der Sternschanze in ein Vier-Sterne-Messehotel umzubauen. Ab dem 11. Januar 2005 begann der Umbau unter Polizeischutz und wurde nach zweieinhalbjähriger Bauzeit 2007 als Mövenpick Hotel Hamburg beendet. Der Streit darum spielte sich auch in Eimsbüttel ab. Das Ende war unbefriedigend, zwar blieb das Wahrzeichen erhalten, sorgte aber für jahrelange Auseinandersetzungen.

Das Schanzenviertel – bisher teilweise auch unter Verwaltung der Bezirke Eimsbüttel und Mitte – wurde zum 1. März 2008 gänzlich dem Bezirk Altona zugeschlagen, obwohl die Bezirksversammlungen Hamburg-Mitte und Eimsbüttel 2006 gegen die damit verbundene Verkleinerung ihres Gebiets stimmten. Grund waren neben verwaltungstechnischen vermutlich auch polizeitaktische Gründe. Denn das Schanzenviertel wurde zuvor von drei verschiedenen Bezirken verwaltet und in sich häufenden Konflikten mit einem breiten linksautonomen Spektrum waren die Zuständigkeiten oftmals unklar. Verwaltungstechnisch mag die Neugliederung gelungen sein, zur Konfliktbefriedigung taugte sie eher nicht, da „die Schanze“ mit dem „Flaggschiff“ Rote

Flora bis heute über ein starkes linksautonomes Potential verfügt.

Im weiter außen gelegenen Stadtteil Eidelstedt kochte dagegen ein anderer Konflikt hoch, der zu hitzigen Debatten führte: die Ansiedlung von Möbel Höffner in Eidelstedt. In einem jahrelangen Streit versuchte eine Eidelstedter Bürgerinitiative die Ansiedlung zu verhindern, da dieser Möbelmarkt in der Nähe zum kaufkraftschwachen Eidelstedt und zu Ikea völlig überdimensioniert sei und sich zudem schädigend auf die Wohnmeile Halstenbek und das Eidelstedt Center auswirken würde. Trotz dieser Widerstände beschloss die Eimsbütteler Bezirksversammlung im Jahr 2010 die Ansiedlung. Schon 2011 wurde Möbel Höffner schließlich eröffnet.

20. Wahl • 20. Februar 2011 • Grüne 10 Sitze (SPD 23, CDU 12, Linke 3, FDP 3)

Bezirksamtsleiter: Torsten Sevecke (2010 bis 2016)

Fraktionsvorsitzende: Roland Seidlitz (GAL); Rüdiger Rust (SPD)

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode musste sich die regierende rot-grüne Koalition mit der äußerst angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt auseinandersetzen. Zur Entschärfung der Wohnungsnot sollten in Hamburg im Rahmen der 2011 begonnenen Wohnungsbauoffensive jährlich 6.000 neue Wohnungen entstehen. Für Eimsbüttel lag das Ziel bei 700 neuen Baugenehmigungen. Diese Vorgabe wurde im Bezirk nicht nur erreicht, sondern übertroffen. 2013 waren es zum Beispiel 1.313 Genehmigungen, im folgenden Jahr lag die Anzahl ähnlich hoch.

In dem zum Teil sehr dicht bebauten Bezirk sei es schwierig, neue Bauflächen auszuweisen. Dabei würden leer stehende Schulen beispielsweise nicht aufgegeben, auch Grün- und Sportflächen würden nicht angerührt. Dennoch

gebe es eine erhebliche Bautätigkeit, so Torsten Sevecke, der damalige Bezirksamtsleiter. Und man habe erreicht, dass Bauanträge für bestehende Lücken nun relativ zügig genehmigt würden.

Im Laufe der neuen Legislaturperiode sollten Jugendliche auch in Eimsbüttel verstärkt in die Politik eingebunden werden. Das ging einher mit dem im Februar 2013 verabschiedeten Beschluss der Bürgerschaft, das Wahlrecht auf Landes- und Kommunalebene auf 16 Jahre zu senken. Die Argumente – pro oder contra – waren auf Bezirks- und Landesebene nahezu identisch: In diesem Alter seien die Jugendlichen nicht reif genug, könnten sich von rechtspopulistischen Parteien verführen lassen und – vor allem – unter Jugendlichen herrsche sowieso nur Politikverdrossenheit.

Auf bezirklicher Ebene waren die Erfahrungen dagegen rundweg positiv, was sich im Austausch mit Kommunalpolitiker*innen zeigte. So seien sich Politiker*innen und Jugendliche auf Augenhöhe und sehr respektvoll begegnet, weiß eine jugendliche Teilnehmerin zu berichten. Politiker*innen empfanden es als eine wichtige Erfahrung, von den jungen Leuten gehört zu werden und zu erkennen, wie klar diese ihre Wünsche formulieren könnten.

Das zukunftsweisende Modell, das junge Menschen in frühen Jahren für Politik begeistern und zu aktiver Mitgestaltung ihres Umfeldes schulen sollte, wurde von der Bürgerschaft getragen. Dort war die Finanzierung für die notwendige Ausbildung von Moderator*innen, Verwaltung und Betreuung der Jugendforen jedoch keineswegs gesichert. Auf Bezirksebene sei versucht worden, auch Stiftungen für eine Finanzierung ins Boot zu holen. Dies sei jedoch gescheitert, da die Kofinanzierung von kommunaler Ebene oder Sponsor*innen fehle. Haushaltsmittel Hambrgs stünden jedoch nicht zur Verfügung.

Genauso wie die beschlossene Reduzierung des Wahlrechts auf 16 Jahre die Zusammensetzung künftiger Bezirksversammlungen beeinflusst, hätte das Urteil des Hamburger Verfassungsgerichts vom Januar 2013, Auswirkungen darauf gehabt. Die damalige 3-Prozent-Hürde für Wahlen der Bezirksversammlung wurde gekippt, da diese in das Recht auf Wahl- und Chancengleichheit der Parteien eingreife. Diese Entscheidung wurde allerdings im Dezember 2013, auch mit den Stimmen der GRÜNEN, durch eine Verfassungsänderung rückgängig gemacht. Die Funktionsfähigkeit der Bezirksversammlung bliebe mit der Hürde gewahrt, da sie eine Parteienzersplitterung und den Einzug rechtsextremer Parteien verhindere. Letzteres blieb ein frommer Wunsch, wie sich bald erweisen sollte.

Mangelnde finanzielle Mittel auf Bezirksebene führten auch zur von allen Seiten bedauerten, aber auch mitgetragenen Entscheidung, zunächst keine Stadtrad-Station am Tiemburg in Niendorf einzurichten.

Dagegen konnte die Finanzierung für das Bürgerhaus Stellingen als Altentreff in dieser Legislaturperiode gesichert werden.

SPD und GRÜNE haben gemeinsam die Auflösung des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) veranlasst. Durch eine Neustrukturierung könnten die Aufgaben des BODs effektiver wahrgenommen werden, da dieser nicht kostendeckend gearbeitet habe und sich aufgrund unklarer Kompetenzen Doppelstrukturen mit anderen Stellen ausgebildet hätten.

Und schließlich hat die Bezirksversammlung entschieden, den Versammlungssaal im Bezirksamt nach dem Hauptarchitekten der Grindelhochhäuser in Ferdinand-Streb-Saal umzubenennen. Wenn die neuen Delegierten wieder dort tagen, wird der Raum diesen Namen tragen.

Cornelia Kost, Thomas Rave



IMPRESSIONEN VOM HERBSTFEST DER GRÜNEN BEZIRKSFRAKTION AUF DEM HOHELUFTSCHIFF



FOTOS: HENNING ANGERER



FOTOS: HENNING ANGERER

NACHRUF AUF BERND LEPTIHN

Die GRÜNE Bezirksfraktion trauert um Bernd Leptihn, der am 3. Oktober 2018 gestorben ist. Bernd, der 1941 in Reinbek geboren wurde, hatte eine bemerkenswerte Karriere hinter sich, als er 2007 zu den GRÜNEN kam.

Über 27 Jahre lang, bis ins Jahr 2010, moderierte und leitete er die Sendung „ARD-Ratgeber Technik“. In zahlreichen Sendungen und Büchern setzte er sich für Verbraucher*innen ein und deckte so manchen Skandal auf: Besonders in Erinnerung geblieben ist dabei die Offenlegung der Risiken durch EC-Kartenbetrag in den 80er Jahren.

Im NDR galt er als loyal und immer interessiert am Wohlergehen seiner Mitarbeiter*innen. Er war bekannt für seine Detailversessenheit, sein unachgiebiges Bohren, bis er zum Kern einer Sache vorgedrungen war, was manchmal zu langwierigen Recherchen und langen Diskussionen führen konnte. Die Suche nach der Wahrheit – sich nie mit oberflächlichen Erklärungen zufrieden zu geben – war seine Passion. Diese Eigenschaft, im NDR als „Leptihnismus“ bezeichnet, sollten auch wir in der Fraktion später kennenlernen.

Schon als Ratgeberjournalist setzte sich Bernd dafür ein, dass bei der Produktentwicklung konsequent die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung mitgedacht werden.

Als er vor einigen Jahren erkrankte und selbst mehr und mehr körperlich eingeschränkt war, rückte das Thema Barrierefreiheit und Inklusion erneut in den Fokus seiner Arbeit, dieses Mal in der Politik.

Er verfasste die Broschüre „Die barrierefreie Stadt ist möglich. Erfahrungsbericht eines betroffenen GRÜNEN“, für die er selbst mit Stock und später mit dem Rollator loszog und

Schwachstellen offenlegte und Lösungsmöglichkeiten darlegte.

2014 kam Bernd als Zugewählter Bürger in unseren Sozialausschuss und trieb dort unachgiebig und leidenschaftlich die Einrichtung eines Inklusionsbeirates voran. „Mit uns statt über uns“, die Leitlinie partizipativer Inklusionsarbeit, war sein Credo. Eimsbüttel sollte ein Gremium bekommen, in dem Betroffene selbst Verbesserungsbedarfe benennen und Lösungen erarbeiten könnten. Bernd deckte an jeder Stelle des Bezirkes Planungs- und Umsetzungsfehler bei der oft nur vermeintlich barrierefreien Bauausführung auf. Die Lösung könne nur die konsequente Einbindung Betroffener, somit Expert*innen für Barrierefreiheit, sein.

Bernd musste – gemeinsam mit uns – viel Überzeugungsarbeit leisten, bis der Inklusionsbeirat endlich 2017 eingesetzt werden konnte. Für Bernd erfüllte sich damit ein Traum. Sein Gesundheitszustand hatte sich inzwischen zwar deutlich verschlechtert, doch sein Engagement und sein Wille waren ungebrochen. Schon schwer gezeichnet durch seine Krankheit konnte Bernd leider nur ein einziges Mal als Mitglied des Inklusionsbeirates an einer Sitzung teilnehmen. Wir werden nun ohne ihn die Liste seiner vielen berechtigten Anregungen und Forderungen abarbeiten. Bernd, wir danken dir für deine Freundschaft, dein Engagement und auch dafür, dass du uns in so manch einer Sitzung aufs Äußerste gefordert hast, nicht um uns zu schaden, nein, sondern um uns voran zu treiben, den Kampf um Inklusion niemals aufzugeben.

Unsere Anteilnahme gilt seinen Kindern und seiner Ehefrau.

Falk Schmidt-Tobler

BEZAHLBARER WOHNRAUM IN EIMSBÜTTEL: „WOHNUNGSMARKT SOZIALVERTRÄGLICH WEITERENTWICKELN“HAUS HELLKAMP 14

Seit dem Jahr 2011 ist der Bezirk Eimsbüttel den gesteigerten Verpflichtungen aus dem „Vertrag für Hamburg“ und „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“, bis zu 1.050 Wohnungen jährlich zu genehmigen, erfolgreich nachgekommen. Dabei steht im hamburgweiten Vergleich der Bezirk Eimsbüttel vor besonders hohen Herausforderungen. Als einziger Bezirk verfügt Eimsbüttel über fast keine größeren Liegenschafts- sowie sonstige Konversionsflächen. Eine Strategie des „Wachstums nach innen“ – die Nachverdichtung bereits baulich genutzter Bereiche – ist daher notwendig. So besteht die vergleichsweise hohe Genehmigungszahl weiterhin aus vielen kleineren Projekten. Gut zwei Drittel der Gesamtvorhaben sind Vorhaben mit 1–2 Wohneinheiten. Projekte mit mehr als 50 Wohneinheiten machen demgegenüber lediglich knapp 2 % aus.

Geförderte Wohnungen werden in allen Stadtteilen benötigt. Denn gerade sozial benachteiligte Menschen sind von den Mietsteigerungen der letzten Jahre negativ betroffen. Die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften spielen dabei bei der Bereitstellung günstigen Wohnraums eine zentrale Rolle.

Deshalb sollen jetzt mit einem Antrag Vertreter*innen der Hamburger Wohnungs-

baugenossenschaften zu einem Runden Tisch mit dem Thema „Wohnungsmarkt in Eimsbüttel sozial weiterentwickeln“ eingeladen werden.

Ziel ist, die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugenossenschaften zu intensivieren, ihren Beitrag zur Behebung des Mangels an Wohnungen für Menschen mit durchschnittlichem und niedrigem Einkommen zu stärken, ihre Beteiligung an größeren Wohnungsbauprojekten im Bezirk Eimsbüttel sicherzustellen ohne Minderung der Lebensqualität der Anwohner*innen durch Nachverdichtung und wie Vernetzung von Wohnungsbaugenossenschaften und Trägern sozialer Wohnprojekte zum Ziel des Wohnungsbaus zu verbessern. Dabei sollen durch die Entwicklung von qualitativ hochwertigen Grünflächen möglichst geringe Folgen für das Klima entstehen.

Darüber hinaus soll mit der Agentur für Baugemeinschaften, mit Stattbau Hamburg und der Lawaetzstiftung über Perspektiven neuer Wohnprojekte und –formen und deren Umsetzung in Eimsbüttel gesprochen werden.

Als Ergebnis bestünde die Möglichkeit in Kooperation mit Stattbau Hamburg und der Lawaetzstiftung Wohnprojekttage in regionaler Form für Eimsbüttel auszurichten.

AUFSTELLUNG VON FAHRRADBÜGELN VOR DEM HAUS HELLKAMP 14

Auf Anregung eines Eimsbütteler Bürgers, haben GRÜNE- und SPD-Fraktion die Aufstellung von mehreren Fahrradbügeln vor dem Haus Hellkamp 24 beantragt.

Damit wird exemplarisch dem Mangel an Abstellplätzen für Fahrräder im Eimsbütteler Kerngebiet Rechnung getragen. Dieser geht einher mit dem statistisch belegten Wachstum des Fahrrad-

verkehrs in Hamburg und der Optimierung der Straßen in Eimsbüttel für den Fahrradverkehr, um diesen sicherer und attraktiver zu machen.

In Häusern, in denen teilweise nicht einmal Platz für die Unterbringung von Müllbehältern ist und der Müll noch in rosa Säcken auf die Straße gestellt werden muss, bietet sich auch kein Platz für Fahrräder.

Für die zwangsläufig auf der Straße abgestellten Fahrräder sollten dort, wo sich genügend Platz bietet, auch vermehrt Möglichkeiten geschaffen werden, diese sicher anzuschließen, sodass sie nicht mehr ungeordnet an Hauswänden und Bäumen abgestellt werden müssen.

Der Fußweg vor dem Haus Hellkamp 14 bietet ausreichend Platz um dort eine größere Anzahl von Fahrradbügeln aufzustellen. Anwohner*innen, ebenso wie die Besucher*innen der umliegenden Geschäfte und Cafés, könnten so Platz finden, um ihre Fahrräder sicher dort anzuschließen.

DURCHFÜHRUNG EINER VERKEHRSZÄHLUNG IN DER GRELCKSTRASSE

In den 1980er Jahren ist die Lokstedter Grelckstraße, traditionell eine Einkaufsstraße mit Einzelhandelsgeschäften, Cafés, Restaurants und Wohnbebauung, in eine verkehrsberuhigte Zone umgewandelt worden. Es war das Ziel, Autos nur noch im Schrittempo und gleichberechtigt mit dem Fuß- und Radverkehr passieren zu lassen. Inzwischen hat aber eine rege Neubebauung in der näheren Umgebung zu einem deutlich erhöhten Kfz-Verkehrsaufkommen geführt.

Der durch diesen Durchgangsverkehr noch weiter beengte öffentliche Raum bietet keine freien Flächen für Außengastronomie oder Platz zum Verweilen für die Passant*innen. Die deut-

liche Verringerung des motorisierten Verkehrs ist dringend notwendig. Denn die Grelckstraße mit ihrem regelmäßig stattfindenden Wochenmarkt ist ebenso Teil der Veloroute 3. Wir wollen die Aufenthaltsqualität dieser Einkaufsstraße und dieses zentralen Orts für die Menschen im Stadtteil wieder attraktiver gestalten.

Wie das Verkehrsaufkommen in der Grelckstraße tatsächlich ist, wird nun mit einer Zählung des motorisierten Verkehrs, der den Weg durch die verkehrsberuhigte Zone nimmt, durchgeführt werden. Dabei wird sowohl in der morgendlichen und abendlichen Rush-Hour gezählt, als auch Geschwindigkeitsmessungen in der Tempo-20 Zone vorgenommen.

SONDERMITTEL FÜR EIN KONZERT DES JUNGEN ORCHESTERS HAMBURG E.V.

Am 10. Februar 2019 wird das Junge Orchester Hamburg ein Konzert im Miralles Saal der Jugendmusikschule in Eimsbüttel geben.

Ursprünglich als Schulorchester gegründet, besteht das Musikensemble aktuell hauptsächlich aus Studierenden, die sich im Verein selber organisieren. Neben ihrem Stammpublikum aus musikbegeisterten Zuhörer*innen möchten die Musiker*innen insbesondere jüngere Menschen ansprechen. Zudem gewährt das Junge Orchester geprüften Men-

schen freien Eintritt für dieses Konzert. Mit ihrem Programm möchten die jungen Musiker*innen ihre Kunstfertigkeit mit viel Spaß und Leidenschaft auf der Bühne unter Beweis stellen. Sie werden das zweite Klavierkonzert von Sergej Rachmaninow und George Bizets Suite Artesienne zeigen.

Dafür stellt die Bezirksversammlung auf Antrag der GRÜNEN- und der SPD-Fraktion € 2.413,33 aus bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung.

(Gekürzte Fassungen. Die vollständigen Antragstexte finden Sie auf unserer Homepage: gruene-eimsbuettel.de)

#EIMSBÜTTEL

Gezwitscher im November



Neuer E-Katamaran mit Unterstützung der Bezirksversammlung Eimsbüttel

HURRA! HEIN IST DA!

Nach drei Jahren Planung ist „HEIN“ endlich einbaufertig. In den letzten zwei Monaten mussten noch Kleinfeststellungen ausgeräumt und die finale Installation der Komponenten durchgeführt werden. Mit Unterstützung der Stadtversammlung Eimsbüttel, der Firma Torpedos und der Firma Max konnte das Projekt erfolgreich umgesetzt werden. Vielen Dank dafür!

Bei dem Boot handelt es sich um einen Prototypen, der mit einem 5-Modul und Akkumulator einer der GröÙen verbaut ist. Wir sind gespannt, ob sich dieser auch bei späterer Produktion bewährt. Weiterhin ist eine Prototypen-Anlage auf dem Dach eingebaut, um den E-Kat mit Sonnenenergie zu betreiben.



GRÜNE Eimsbüttel @GrüneEimsbusch · 30. Aug.
Die #bvbuettel verleiht ihren Bürgerpreis 2018. Wir freuen uns für das Team der grünen Damen des Diakonieklinikums Eimsbüttel. Sie leisten eine tolle Arbeit und verdienen unsere Hochachtung!



Ali Mir Agha @alimiragha · 20. Okt.
Hat mir Spaß gemacht und war mir eine Ehre @GrüneEimsbusch, Unser diesjähriges Herbstfest der Grünen in #Eimsbüttel. Für #Inklusion und Vielfalt, dafür gegen die Hetze der #AED, #verandmeh #nats



Eimsbütteler Nachr. @eimsbuettelern · 17. Okt.
Jetzt kann jeder "Denkzettel" verteilen: Der @ADFC_Hamburg und das @ivs_fmH starteten heute die Aktion "#radwegparker" gegen Falschparker auf Radwegen. eimsbuettelern-nachrichten.de/radwegparker-a... @PolizeiHamburg @ADAC @OsterstrasseHH @cm_hh



"Radwegparker": ADFC lässt Bürger "Denkzettel... Der "ADFC Hamburg" und das "Forum Verkehrssicherheit" starten heute die Aktion "#radwegparker" gegen Falschparker auf Radwegen. eimsbuettelern-nachrichten.de



Till Eckert @dertilly · 7. Nov.
Das #Bauhaus in Dessau hat seine Absage an Feine Sahne Fischfilet damit begründet, man wolle so unter anderem rechtsextreme Demonstrationen vor der eigenen Tür verhindern. Das ist ja bemerkenswert gut gelungen, wie dieses Foto von gestern Abend zeigt. (via @conligit)



GRÜNE Hamburg @GRUENE_Hamburg · 24. Sep.
Randvölle @fabrikahamburg beim Schnack mit @RobertHabeck #FragRobert



Mehr Grün für Eimsbüttel

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

EIMSBÜTTEL